Griechenland im Schuldenkarussell
Neoliberale Schocktherapie *Seite 5*

Kostenlose Hartz-IV-Beratung bei der LINKEN *Seite 5*

Drogenproblem nur verlagert
Keine Lösung durch Polizei *Seite 7*

Neu-Köllnisch

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

LINKES INFORMATIONS- UND DISKUSSIONSBLATT · JUNI/JULI 2015

Mitmachen!

Foto: DIE LINKE.Berlin

Das muss drin sein: Gemeinsam für gute Arbeit und ein gutes Leben!

Mit ihrer Kampagne „Das muss drin sein." stellt DIE LINKE bis 2017 fünf Kernforderungen für gute Arbeit und ein gutes Leben in den Mittelpunkt: Befristung und Leiharbeit stoppen; Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV; Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst; Wohnung und Energie bezahlbar machen sowie mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.

„Gegen die Zumutungen des prekären Lebens helfen auf Dauer nur Solidarität und gemeinsam aktiv zu werden," so Moritz Wittler von den Neuköllner LINKEN (auf dem Bild rechts). Die Kampagne sei deshalb eine Mitmach-Kampagne, bei der auch Sympathisanten und Nicht-Mitglieder teilnehmen könnten.

Milieuschutz und „Kopftuchstreit"

Neukölln muss wegkommen vom Mief der Buschkowsky-Ära. Aber Neuköllns neue Bürgermeisterin agiert wie zu Buschkowskys Zeiten. So lehnte die Zählgemeinschaft aus SPD und CDU den Einwohnerantrag zum Milieuschutz in Nord-Neukölln ab. Und der sogenannte Kopftuchstreit schlug Wellen.

Lesen Sie Seite 2.

Die Zeit der Mieterbeschimpfung ist vorbei

Allgemein laviert die Berliner Baupolitik zwischen Beschwichtigung und Angriff. Der Mietenvolksentscheid hat mit über 48.000 Unterschriften die 1. Stufe locker genommen. Jetzt droht der Senat mit dem Landesverfassungsgericht.

Lesen Sie Seite 3.

Charité: Streik für mehr Personal

Die Beschäftigten der Charité befinden sich mitten in einer Tarifauseinandersetzung. Über 96 Prozent haben in der Urabstimmung für Streik gestimmt. Sie fordern mehr Personal, um eine vernünftige Versorgung der Patienten zu gewährleisten und die Überbelastung des Personals zu reduzieren.

Lesen Sie Seite 4.

Asbest in der Weißen Siedlung

Viele Mieter wissen nichts von der Asbestbelastung ihrer Wohnung. So ging es auch Frau S., die im März 2014 mit ihrer 5-jährigen Tochter in die Weiße Siedlung an der Sonnenallee zog. Sie wurde nicht über die Gefahr informiert. Inzwischen weiß sie Bescheid, ein Gutachten bestätigt die Asbestbelastung ihrer Wohnung.

Lesen Sie Seite 8.

Milieuschutz und „Kopftuchstreit“

Neuköllns neue Bürgermeisterin agiert wie zu Buschkowskys Zeiten

Seit dem 15. April 2015 hat Neukölln mit Franziska Giffey eine neue Bezirksbürgermeisterin. Die Buschkowsky-Ära war damit offiziell beendet. Wirklich?

Die Mehrheit der Neuköllner Bezirksverordneten wählte die 37-jährige Politikwissenschaftlerin auf Vorschlag der SPD. Die Fraktion DIE LINKE in der Neuköllner BVV stimmte mit „Nein“. Der

Vignette: Franz Zauleck

Vorsitzende der Linksfraktion in der Neuköllner BVV, Thomas Licher, nannte dafür zwei Gründe:

Erstens, das Verhalten der SPD zum Einwohnerantrag, den gesamten Neuköllner Norden unter Milieuschutz zu stellen. Die Neuköllner SPD sei nicht bereit, entschlossene Maßnahmen gegen soziale Verdrängung zu ergreifen.

Zweitens, der Umgang mit dem muslimischen Teil der Neuköllner Bevölkerung. Nachdem das Bundesverfassungsgericht Lehrerinnen erlaubt habe, Kopftücher zu tragen und somit den hohen Stellenwert der Religionsfreiheit betonte, habe Frau Dr. Giffey eine ablehnende Stellungnahme veröffentlicht.

Trotzdem lasse, so Licher, der Wechsel von Heinz Buschkowsky zu Franziska Giffey für die Zukunft hoffen, dass wieder ein zielführender Dialog möglich werde, um nach der besten Lösung für die Menschen in Neukölln zu suchen. „Hoffentlich gelingt es Frau Dr. Giffey aus dem Schatten ihres Vorgängers herauszutreten, eine eigenständige Politik zu entwickeln und dem unerträglichen Populismus, der bisher vom Bezirksamt Neukölln ausgegangen ist, endlich ein Ende zu setzen.“

Die Begründung des Wahlverhaltens der LINKEN fand Aufmerksamkeit in Neuköllner Medien, die zum Beispiel in der Stimmverweigerung der LINKEN „einen Teil einer wichtigen öffentlichen Auseinandersetzung“ sahen.

Neukölln muss wegkommen vom Mief der Buschkowsky-Ära

Wie begründet die Nichtwahl Giffeys durch die LINKEN war, zeigte sich in den wenigen Wochen seither. So lehnte die Zählgemeinschaft aus SPD und CDU den Einwohnerantrag zum Milieuschutz in Nord-Neukölln ab. Und der sogenannte Kopftuchstreit schlug Wellen.

Jahrelang wurde im Neuköllner Rathaus eine Atmosphäre geschaffen, in der Muslime als Gefahr wahrgenommen werden und schon ein Kopftuch alle Alarmglocken auslöst. Anstatt etwas gegen Buschkowskys Hinterlassenschaft zu unternehmen, wird diese Atmosphäre weiter befördert. Sowohl der Jugendstadtrat Falko Liecke (CDU), als auch Franziska Giffey führen jetzt eine Kampagne gegen die Person, die auf diese Missstände aufmerksam gemacht hat. DIE LINKE fordert das Bezirksamt auf, die aktuelle Kampagne einzustellen und stattdessen daran zu arbeiten, das Rathaus Neukölln wieder zu einem attraktiven Arbeitgeber zu machen – auch für muslimische Frauen. Nach dieser Kampagne ist es vollkommen nachvollziehbar, dass die Bewerberin die Stelle im Bezirksamt nicht antreten will.

Eine aktuelle Wortmeldung kam von der Salaam-Schalom Initiative: Seit Jahren werde Neukölln von Bezirksbürgermeistern repräsentiert, die aus ihrer Abneigung gegen das (muslimische) Kopftuch keinen Hehl machen – in einem Stadtteil, in dem eine große Anzahl muslimischer Frauen ein Kopftuch tragen. Die Salaam-Schalom Initiative möchte alle Frauen, ob muslimisch oder jüdisch, ob mit oder ohne Kopfbedeckung, unterstützen: Kopftücher sind ebenso wie Hochsteckfrisuren ein Teil Neuköllns: „Wir repräsentieren dieses Land, und fordern das Recht ein, diese Repräsentation auch (und gerade) in öffentlichen Ämtern wahrnehmen zu können.“ *RO*

Foto: BO Rixdorf

Mietenvolksentscheid – Aktiv in Neukölln

Auf Straßen und Plätzen wurden im April und Mai Unterschriften für den Mietenvolksentscheid gesammelt. Mit dabei waren Mitglieder der Neuköllner LINKEN bei gemeinsamen Sammelaktionen der Neuköllner Kiezgruppe oder an Infoständen der Basisgruppen in Rixdorf, im Reuterkiez oder an der Hermannstraße.

Foto: Kiezgruppe Neukölln

Nach dem Auftakttreffen im Café Selig trifft sich die Neuköllner Kiezgruppe alle zwei Wochen, um gemeinsame Aktivitäten zu vereinbaren.

Foto: KDH

Unterschriftsammlung für den Mietenvolksentscheid bis zum letzten Tag. Hier sammelt die Kiezgruppe am 31. Mai auf dem Weichselplatz.

Die Zeit der Mieterbeschimpfung ist vorbei

Müllers Umgang mit stadtpolitischen Initiativen

Foto: KDH

„Parade der Häuser“ vor dem Rathaus Neukölln, als der Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksverordnetenversammlungüber den Antrag „Milieuschutz für Nord-Neukölln“ verhandelte.

Alles was links von der Mitte steht kritisiert die offizielle Berliner Mietenpolitik. Eine Auseinandersetzung, die Bürgerinitiativen und Opposition stärkt.

Mit der Volksgesetzgebung tut sich der Berliner Senat schwer. Als Reaktion auf den erfolgreichem THF-Volksentscheid hatte er versucht, die direkte Demokratie als unverbindliche Volksbefragung umzudeuten. Seitdem die Olympia-Kampagne gescheitert ist, sieht er auch darin keinen Sinn mehr. Jetzt verfolgt der gleiche Müller, der zuvor als Bausenator das Tempelhofer Feld bebauen wollte, ungeniert sein Ziel als Regierender Bürgermeister weiter.

Allgemein laviert die Berliner Baupolitik zwischen Beschwichtigung und Angriff. Dass überhaupt Zugeständnisse erfolgen, geschieht auf Druck von stadtpolitischen Initiativen und Oppositionsparteien. Um ihren Einfluß zu unterbinden hat der Senat größere Bauvorhaben an sich gezogen und lässt die bezirklichen Bürgerbegehren ins Leere laufen. Wer gegen Müllers Versorgungspolitik der Mittelschicht mit schicken Neubauten und Einfamilienhäusern ist, will angeblich benötigte Wohnungen verhindern.

Vor der Berliner Industrie- und Handelskammer hat Müller nicht nur die stadtpolitischen Bürgerinitiativen in der Sache angegriffen, sondern sie als gut vernetzte wohlhabende und unsolidarische Elite diffamiert. Dabei sind gerade Mieten kein Elitethema (Maroldt/Tagesspiegel).

Offene Antwort der Berliner Initiativen

Die Initiativen haben mit einem offenen Brief gekontert, über dem das alte Willy-Brandt-Motto „Mehr Demokratie wagen“ steht. Und die Kritik zurück gewiesen:

„Bürgerinititiativen entstehen überall dort, wo an den elementaren Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vorbei und einseitig im Interesse von Investoren entschieden wird.“

Am Ende wird Müller aufgefordert, klar die Interessen der Berliner Bürger zu vertreten oder zurückzutreten.

Mitunterzeichner ist auch der Mietenvolksentscheid, der mit über 48.000 Unterschriften, die 1. Stufe locker genommen hat und dem der Senat nun mit dem Landesverfassungsgericht droht. Den Brief selbst unterschreiben kann man bei: *www.mauerparkallianz.de/2015/05/offener-brief-der-buergerinitiativen.*

Angriff auf Mietspiegel und Mietpreisbremse

Seitdem sich in Berlin hohe Mieten durchsetzen lassen, haben die Klagen von Immobilienbesitzern gegen den Mietspiegel zugenommen. Es werden noch mehr werden, denn er gilt gleichzeitig als Berechnungsgrundlage für die neue Mietpreisbremse.

Laut Mietspiegel hat sich die Miethöhe im Bestand an der Durchschnittsmiete im Kiez zu orientieren, im Berliner Mittel aktuell 5,84 Euro netto kalt. Und darf sie nur um 10 Prozent überschreiten. Das gilt bereits nicht mehr für grundsanierte und neu gebaute Wohnungen. Zudem fließen ausschließlich die gestiegenen Mieten der letzten vier Jahre ein und treiben die Durchschnittsmiete automatisch in die Höhe.

Tatsächlich ist der Mietspiegel ein mäßig mieterfreundliches Kompromißpapier. Mit Mieterorganisationen und Hausbesitzern mühsam ausgehandelt, wurde der aktuelle Berliner Mietspiegel nun von den Vermietern einseitig als „unqualifiziert“ diffamiert. Mieterorganisationen weisen den Angriff zurück, sehen aber einen Verbesserungsbedarf im Sinne der Mieter.

So könnte der qualifizierte Mietspiegel eine breitere statistische Grundlage aufweisen. Bei der die Befragten zwingend – wie bei einer Volkszählung - Auskunft über ihre Wohnverhältnisse geben müssten. Ein Test des Berliner Mietervereins hat ergeben, dass dann die Durchschnittsmiete rechnerisch sinken würde. Ein wirklich effektiver Mietspiegel muss alle Bestandsmieten – auch die niedrigen alten Mietverträge – in die Berechnung einbeziehen fordert DIE LINKE.

Gegen die gerade in Berlin in Kraft getretene Mietpreisbremse ruft der Haus- und Grundstücksbesitzerverein den Boykott aus (rbb 29.5.2015). Denn nun bezieht sich der Mietspiegel auch auf den Abschluss neuer Verträge bei Wiedervermietung. Während sich bis Mai über 8 Euro/qm erbeuten ließen, sind es jetzt 6,42 Euro (5,84 plus 10 Prozent, Tagesspiegel 1.6.2015). Immer noch zu viel. „Eine echte Mietpreisbremse würde Kommunen das Recht geben Höchstmieten festzulegen.“ (Schlecht/MdB DIE LINKE.)

Milieuschutz in Nord-Neukölln durchsetzen

In Neukölln wurde - trotz eindringlicher Appelle vor und im Rathaus - der Einwohnerantrag für Milieuschutzgebiete in ganz Nord-Neukölln von SPD und CDU abgelehnt. Er deckt sich nicht mit dem ganz anderen SPD-Motto der neuen Bezirksbürgermeisterin: „Weg vom Problem- hin zum Innovationsbezirk“. Ihre sogenannte „Verbesserung der Sozialstruktur“ bedeutet Verdrängung.

Seit November 2012 fordert das Neuköllner Mietenbündnis das Bezirksamt zum Gegensteuern auf. Die ursprünglichen Mieter sind bereits weitgehend vertrieben. Und jeden Tag müssen weitere gehen. Wer jetzt nicht rasch reagieren will, spielt auf Zeit.

Deshalb müssen neben Reuter- und Schillerkiez so schnell wie möglich weitere Gebiete festgelegt werden. Wir brauchen einen großflächigen Milieuschutz, der es ermöglicht Luxussanierungen zu verhindern und Spekulationshäuser zum Verkehrswert aufzukaufen. Nur so kann der Mietentreiber Nr. 1 – die Umwandlung in Eigentumswohnungen – verhindert werden. DIE LINKE unterstützt dieses Anliegen mit aller Kraft.

Marlis Fuhrmann,
wohnungspolitische Sprecherin der

Foto: Lucy Redler

Auch für die PatientInnen bedeutet die Situation in den Krankenhäusern eine zunehmende Belastung. Das Pflegepersonal hat kaum noch Zeit für die Grundversorgung der PatientInnen. In den Medien häufen sich Berichte über problematische Pflege auf den Stationen. Pflegekräfte berichten, dass sie (z.B. bei der Medikamentengabe) kaum noch die notwendige Sorgfalt aufbringen können. Studien aus dem angelsächsischen Raum belegen, dass die Gefahr von Todesfällen (Mortalität) durch Zeitdruck und Personalengpässe in der Pflege steigt. In Deutschland gibt es hierzu keine systematischen Studien.

Mitglieder der Basisorganisation Reuterkiez der Neuköllner LINKEN bei einer Solidaritätsaktion für die Beschäftigten der Charité.

Charité – Erster Streik für mehr Personal im Krankenhaus

Die Beschäftigten der Charité befinden sich mitten in einer Tarifauseinandersetzung. Über 96 Prozent haben in der Urabstimmung für Streik gestimmt.

Sie fordern mehr Personal, um eine vernünftige Versorgung der Patienten zu gewährleisten und die Überbelastung des Personals zu reduzieren. Bundesweit fehlen in Krankenhäusern mehr als 150.000 Stellen. Dadurch entsteht eine permanente physische und psychische Überlastung der Beschäftigten. Von ausreichend Zeit für Pflege und Zuwendung für die PatientInnen ist dabei schon nicht mehr die Rede. Immer öfter entsteht das Risiko „gefährlicher Pflege“, die eine Gefahr für die Sicherheit der PatientInnen darstellt. Dagegen wollen die Beschäftigten und die Gewerkschaft ver.di eine personelle Mindestbesetzung für den Pflegedienst vereinbaren, die nicht unterschritten werden darf: Eine Pflegekraft soll auf Normalstationen für maximal fünf PatientInnen verantwortlich sein, auf Intensivstationen für höchstens zwei. Eine weitere zentrale Forderung ist, dass Pflegekräfte keine Nachtdienste mehr alleine verrichten müssen. So würden sich die Arbeits- und die Pflegebedingungen deutlich verbessern. Das treffende Motto der Tarifbewegung lautet: „Mehr von uns ist besser für alle!“

Bislang hat der Charité-Vorstand aber kein akzeptables Angebot vorgelegt. Immer wieder ist das Argument zu hören, dass kein Geld dafür da sei. Wer aber in diesem Zusammenhang behauptet, es fehle am Geld, gesteht gleichzeitig ein, dass er dem Anspruch auf gute Versorgung im Krankenhaus kein Gewicht beimisst. Auch ein 2-tägiger Warnstreik hat zu keinem Umdenken beim Vorstand und beim Senat bewirkt. Deshalb hat die Gewerkschaft eine Urabstimmung über einen unbefristeten Streik eingeleitet.

An dieser Situation ist auch der Senat schuld: Er setzt die Charité einer chronischen Unterfinanzierung aus und fordert gleichzeitig in der Bilanz eine „schwarze Null“ vom Vorstand. So werden immer wieder Gelder, die im Klinikbereich eingenommen werden, für Baumaßnahmen zweckentfremdet.

Im Ergebnis finanzieren die Beschäftigten mit ihren Überstunden einen Teil der derzeitigen Sanierung des Bettenhochhauses in Mitte. Mehr als 100.000 Überstunden schieben die Charité-Beschäftigten vor sich her, ohne dass es eine Perspektive gibt, wie sie abgebaut werden können.

Es ist wichtig klarzustellen: PatientInnen der Charité werden nicht durch den Streik, sondern durch den von Personalmangel geprägten Krankenhausalltag gefährdet.

Das fordern die Beschäftigten der Charité:

■ Regelungen zur Mindestbesetzung in allen Patientennahen Bereichen – ganz konkret:

– Keine Nacht allein – mindestens zwei Pflegefachkräfte auf Station in der Nacht

– Für den Bereich der ITS: einen Personalschlüssel von mindestens 1:2; die Empfehlungen der Fachgesellschaft werden Standard

– Ein Personalschlüssel von 1:5 für die Normalpflege oder die Rückkehr zur Personalverordnung (PPR 100+)

■ verbindliche Verfahren zur Überprüfung der Belastung für alle anderen Beschäftigtenbereiche, in denen andere Personalschlüssel festgelegt werden können; dazu gehören z.B. Radiologie, Kreißsaal, OP und Anästhesie

■ verbindliche Verfahren zur Überprüfung der Belastung für alle anderen Beschäftigtenbereiche, in denen keine Personalschlüssel festgelegt werden können; dazu gehören z.B. Lehre, Forschung, Ambulanzen, Verwaltung sowie für unsere Gestellten in den Service-Bereichen

■ verbindliche Kontrollmechanismen und Offenlegung von Verstößen

■ Standardprozeduren/Ausgleichsmechanismen für den Fall, dass gegen festgelegte Verfahrensweisen verstoßen und Personalschlüssel nicht eingehalten werden

■ eine echte Gesundheitskommission, die Empfehlungen für „gute und gesunde Arbeit“ erarbeitet, deren verbindliche Umsetzung begleitet und als Ansprechpartner für die Beschäftigten fungiert

■ einen Gesundheitsfonds, mit dem diese Maßnahmen angemessen finanziert werden können

■ der Abschluss eines verbindlichen Tarifvertrages mit individuellen Ansprüchen für Beschäftigte

Aus dem Streikaufruf der Gewerkschaft ver.di.

Foto: Uwe Hiksch

Athen im Schuldenkarussell

In der Griechenland-Frage dreht sich zurzeit alles darum, ob Athen rechtzeitig neue Hilfsgelder bekommt.

Wofür wird das Geld eigentlich so dringend gebraucht? Um das Gesundheitssystem vor dem Kollaps zu retten? Um die verheerende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen? Um hungernden Menschen zu helfen? Nein!

Es geht vor allem um den Austausch alter gegen neue Schulden. Ende Juni müssen Kredite über rund 1,6 Milliarden Euro allein an den Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückgezahlt werden. 5,3 Milliarden bis Ende 2015.

Damit die Hilfsgelder fließen stellen IWF, Europäische Zentralbank und Europäische Kommission harte Bedingungen: Der Staat soll noch mehr sparen, Renten sollen weiter gekürzt und Arbeitnehmerrechte weiter abgebaut werden. Hiergegen wehrt sich die griechische Regierung. Die neoliberale Politik habe die wirtschaftliche und soziale Situation nur verschlechtert – und die Schulden sogar noch gesteigert. Alternativ hat sie viele Maßnahmen vorgeschlagen und bereits eingeleitet, die die Finanzsituation des Staates ohne weiteren sozialen Kahlschlag verbessert. Etwa höhere Luxussteuern, das konsequente Eintreiben ausstehender Steuerzahlungen, umfassende Maßnahmen zum besseren Vollzug der Steuergesetze, eine Reform der Mehrwertsteuer. Sogar die Abschaffung von Vorruhestandsregeln liegt inzwischen auf dem Tisch.

Das alles reicht den Geldgebern jedoch nicht. Sie wollen die neoliberale Schocktherapie fortsetzen. Damit muss Schluss sein! Ein solches Europa wollen wir nicht!

http://wipo.verdi.de

Hartz IV und die Folgen

Seit 10 Jahren Armut per Gesetz

Zu Beginn des Jahres 2005 traten vor zehn Jahren die Hartz-Gesetze in Kraft.

Es waren Kampf und Ablehnung der Agenda 2010, deren Teil die Gesetze sind, die damals mit zur Gründung der Partei DIE LINKE führten. Seitdem fordern wir soziale Gerechtigkeit. Ein Betrag von 1.050 Euro sollte einem Jeden nötigenfalls zur Existenzsicherung zur Verfügung stehen.

Doch entscheidend ist heute, dass Deutschland durch die Hartz-Reformen zu einer anderen Republik wurde. „Hartz IV“ gilt europaweit und zumal hierzulande als tiefe Zäsur in der Wohlfahrtsstaatsentwicklung nach 1945. Zum ersten Mal wurde nämlich eine für Millionen Menschen existenziell wichtige Lohnersatzleistung, die Arbeitslosenhilfe, abgeschafft und durch eine bloße Fürsorgeleistung, das Arbeitslosengeld II, ersetzt. Das Gesetzespaket erhöhte nicht nur spürbar das Armutsrisiko insbesondere von Langzeiterwerbslosen und ihren Familien, sondern führte auch zu einem ausufernden Niedriglohnsektor, der inzwischen fast ein Viertel aller Beschäftigten umfasst.

Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften wurden angesichts der neuen arbeitsmarktpolitischen Bedingungen unter Druck gesetzt, Lohn- und Gehaltseinbußen sowie schlechtere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Die Folgen von „Hartz IV“ sind gesellschaftliche Entsolidarisierung, zivilgesellschaftliche Entdemokratisierung und vor allem soziale Kälte.

Lange Zeit vernachlässigt wurde die mittlerweile verfestigte Kinder-, Jugend- und Altersarmut. Es sind nämlich die Halbwüchsigen, die überproportional von Armut betroffen sind; hier wiederum vor allem die von alleinerziehenden Eltern bzw. Müttern. Sie sind eben (noch) keine sogenannten Leistungsträger der Volkswirtschaft sondern teure Kostgänger ihrer diskriminierten Eltern. Ohne dass sie eine Schuld träfe, betroffen sind die jungen Leute aber von der Misere allemal.

Ein Eindruck von beklemmender Perspektivlosigkeit entsteht, wenn unlängst eine 15-jährige Sabrina in einer Boulevardzeitung mit folgender Äußerung zitiert wurde: „Wenn ich groß bin werd’ ich auch Hartz IV . . . wie Mama und Papa. Ich weiß, dass es nicht einfach ist, eine Arbeit zu finden. Ich würde gerne Geld verdienen, wenn ich groß bin. Aber wenn ich später keinen Job kriege, kann ich mir auch gut vorstellen, nur von Hartz IV zu leben. Da hat man ja auch alles und es geht einem gut.“ Bei dieser Äußerung des Mädchens kommt freilich weniger eine schlechte Arbeitsmoral zum Ausdruck als vielmehr purer Realitätssinn, verbunden mit einer Anpassungsbereitschaft Jugendlicher wegen mieser Berufsaussichten, sich das Leben eines Transferleistungsempfängers schön zu färben.

Altersarmut wurde bisher selten mit den Arbeitsmarktreformen von Peter Hartz, als mit den beiden Rentenreformen seit der Jahrtausendwende, die man eher den Namen Walter Riester und Bert Rürup zuschreibt, in Verbindung gebracht. Der demographische Wandel dient nebenbei bemerkt bei allen Erklärungen immer als ein unhinterfragter wie quasi natürlicher Faktor. In neoliberalen Zeiten gilt heute der Rat, wer nicht selbst privat vorsorgt (z.B. „riestert“), eine Kapitallebensversicherung abschließt oder aber auf andere Weise spart, ist für seine materielle Situation im Alter – frei nach dem Motto „Wenn jeder an sich denkt ist an alle gedacht“ – selbst verantwortlich. Doch wie sparen bei Niedriglohn bzw. häufiger oder längerer Erwerbslosigkeit? Der gegenwärtige Hartz IV-Regelsatz sieht dieses jedenfalls nicht vor!

Ob es nun Kinder-, Jugend- oder Altersarmut ist; als Folge von zehn Jahren Arbeitsmarktreform Hartz IV erscheinen sie inzwischen in einem gänzlich anderen Licht. Was früher einmal als bedauernswerte und -würdige wie gleichwohl von den Herrschenden gefürchtete Armut der „gefährlichen Klassen“ galt, droht heute als herrschende öffentliche Meinung tendenziell eher in Verachtung umzuschlagen.

Klaus-Peter Dauks

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zur Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratung findet statt an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE.Neukölln in der Wipperstraße 6, 12055 Berlin (S- und U-Bhf Neukölln).

Kontakt und Terminvereinbarung: Doris Hammer, 0176/97896139 oder doris.hammer@die-linke-neukoelln.de

Parteitag der LINKEN in Bielefeld:

Klare Kante statt trüber Brühe

Vom Bundesparteitag Anfang Juni in Bielefeld gingen klare Signale aus für den Aufbau der Partei DIE LINKE mit einem deutlichen Profil gegen die herrschenden Verhältnisse und die Politik der Großen Koalition.

Mit der Kampagne „Das muss drin sein!“ orientiert DIE LINKE auf aktive Solidarität mit den Arbeitskämpfen bei der Post und der Berliner Charité, in Kitas oder mit Bewegungen wie dem Mietenvolksentscheid in Berlin. Unmittelbar steht die Demonstration für ein anderes Europa am 20. Juni bevor. Im Herbst bahnt sich mit der bundesweiten TTIP-Demonstration in Berlin bereits das nächste wichtige Projekt an.

Klare Kante: Bernd Riexinger sagte, da die SPD in allen wesentlichen Fragen auf neoliberalen Kurs dampfe, müsse die Alternative auf der Seite von Gewerkschaften und Bewegungen aufgebaut werden – dort, wo die wirkliche Gegenmacht deutlich wird. Sahra Wagenknecht hat die SPD, insbesondere Sigmar Gabriel, für ihren Kurs für die Banken und Konzerne, für TTIP und gegen die Demokratie angeprangert. Mit Gabriel sei kein Politikwechsel zu machen und DIE LINKE dürfe nicht in der „trüben Brühe“ von rot-grün mit schwimmen.

Die Diskussion über Regierungsbeteiligung wird im Zusammenhang mit der Wahlkampfstrategie in den betreffenden Landesverbänden stattfinden. DIE LINKE wird mit einem scharfen politischen Profil und Mindestbedingungen in die Wahlkämpfe gehen.

Ferner diskutierten die Delegierten über Vor- und Nachteile des Bedingungslosen Grundeinkommens und beschlossen Kommunalpolitische Leitlinien. *KDH*

Foto: KDH

Gregor Gysi auf dem Hermannplatz – so kennen ihn viele Neuköllnerinnen und Neuköllner

Auf dem Parteitag der LINKEN in Bielefeld hat Gregor Gysi informiert, dass er im Herbst dieses Jahres nicht erneut als Vorsitzender der Bundestagsfraktion kandidieren werde. Es sei an der Zeit, diese Aufgabe in jüngere Hände zu legen. Die Parteivorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Riexinger, schlagen der Fraktion vor, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch als „Fraktionsdoppelspitze“ zu wählen.
Aber auch künftig bleibt Gregor Gysi der Neuköllner LINKEN verbunden. Anfang September wird er zu einer Veranstaltung in Neukölln erwartet. Im Herbst hat er dann wieder eine Besuchergruppe aus dem Bezirk in den Bundestag eingeladen.

DIE LINKE.Neukölln: alle Termine www.die-linke-neukoelln.de

Bezirksvorstand
Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.
DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Hermannstraße
Die Basisorganisation Hermannstraße umfasst das Gebiet zwischen Hasenheide, Karl-Marx-Str./Buschkrugallee, Teltowkanal bis zur Bezirksgrenze zu Tempelhof und Kreuzberg. Selbstverständlich sind auch Menschen eingeladen, die nicht in diesem Gebiet wohnen.
Die BO trifft sich an jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat in den Räumen der Neuköllner LINKEN, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.

BO Rixdorf
Die Basisorganisation Rixdorf ist eine regionale Untergliederung des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln und umfasst das Gebiet zwischen der Grenze zu Treptow im Norden, dem Teltowkanal im Osten, der Karl-Marx-Straße (einschließlich) im Süden und der Fuldastraße (einschließlich) im Westen.
Die BO trifft sich zweiwöchentlich jeweils dienstags um 19 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin,

BO Reuterkiez
Die Basisorganisation Reuterkiez engagiert sich gegen wachsende Armut im Kiez und für Kampagnen wie gesetzlichen Mindestlohn, Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes und bessere Ausbildungschancen für Jugendliche. Um für soziale und friedenspolitische Themen mehr Akzeptanz und Unterstützung im Bezirk zu gewinnen, organisiert die BO regelmäßig Info-Stände.
Die BO Reuterkiez trifft sich alle zwei Wochen montags jeweils von 19 bis 21 Uhr im „Verein iranischer Flüchtlinge“, Reuterstraße 52 (unweit U-Bhf. Hermannplatz).

BO 44
„44“ steht für die Bezeichnung des früheren Postzustellbezirks des nördlichen Neukölln und zeigt, dass wir uns auch mit der konkreten Situation in unserem Bezirk beschäftigen wollen. Gentrifizierung und Verdrängung etwa, das Zusammenleben in den Neuköllner Kiezen, die Bedeutung antirassistischen Engagements, aber auch die gefährliche Zunahme neofaschistischer Aktivitäten in Neukölln sind einige dieser Themen.

AG Antifaschismus/ Antirassismus
Die Arbeitsgruppe Antifaschismus/ Antirassismus (AntiFaRa) im Bezirksverband DIE LINKE.Neukölln trifft sich, um Aktionen vorzubereiten, zum Beispiel für die Mobilisierung zu Blockaden gegen Aufmärsche von Neonazis. Mitglieder der Arbeitsgruppe sind in verschiedenen antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen in Neukölln aktiv.
Kontakt: irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

AG Hartz IV
Der Arbeitskreis Hartz IV (AG) ist eine Arbeitsgemeinschaft des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln. Die AG trifft sich an jedem zweiten Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin - nahe S- und U-Bhf. Neukölln.

Hartz-IV-Rechtsberatung
DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zur Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.
Die Beratung findet statt an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE.Neukölln in der Wipperstraße 6 (S- und U-Bhf. Neukölln).
Nächster Termin: 24.6.2015
Während der Sommermonate bitte vorher Kontakt aufnehmen:
doris.hammer@die-linke-neukoelln.de

BVV-Fraktion DIE LINKE.
Bürozeiten: Montag von 16 bis 20 Uhr und Freitag von 10 bis 14 Uhr
Telefon: 030 / 90239-2003
Rathaus Neukölln, Raum A 307

Öffentliche Fraktionssitzungen DIE LINKE in der BVV Neukölln
6.7, 13.7.2015
jeweils um17.30 Uhr,
Rathaus Neukölln, Raum A 307
Sitzung der BVV
15.7.2015 um 17 Uhr,
Rathaus Neukölln, BVV-Saal

Sonder-BVV zur Einbringung des Bezirkshaushalts am 2.9.2015
danach Öffentliche Fraktionssitzungen am 14.9. und 21.9.2015 (17.30 Uhr); BVV am 23.9.2015 um 17 Uhr mit Beschluss des Bezirksdoppelhaushalts für 2016 und 2017

Weitere Termine, wie Infostände und Aktionen, im Internet: www.die-linke-neukoelln.de oder bei Facebook: DIE LINKE. Neukölln

Bitte vormerken:
*In diesem Jahr beginnt der antifaschistische **„Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“** am Sonntag, 9. September, um 12 Uhr mit einer Kundgebung am Werner-Seelenbinder-Stadion an der Oderstraße. Daran schließt sich ab 13.30 Uhr ein Begegnungsfest auf der Schillerpromenade an.*

Drogenproblem nur verlagert

Es gilt aber, das Drogenproblem in der Hasenheide und im Görlitzer Park dauerhaft zu beseitigen!

Seit einiger Zeit wird in den Berliner Zeitungen über Probleme mit illegalen Drogen im Görlitzer Park berichtet. Wenn jetzt die Maßnahmen der Polizei dort Erfolg haben, wird ein Teil des Drogenhandels in den Volkspark Hasenheide verlagert werden. Wenn die Polizei in der Hasenheide stärker tätig wäre, würde sich der Drogenhandel dann an andere Stellen verlagern.

Das Reichsopiumgesetz, dass den Gebrauch von Opium auf medizinische Anwendungen beschränkt, wurde 1912 bzw. 1920 verabschiedet und nochmals 1930 modifiziert. Der Erfolg von 100 Jahren polizeilichem Kampf gegen Drogen ist, dass man derzeit an vielen Berliner Oberschulen unproblematisch Drogen erhalten kann. Aber auch bei Erfolgen der Polizei durch Beschlagnahme großer Drogenmengen wird nur der Schwarzmarktpreis der Drogen steigen. Möglicherweise wird eine Zunahme der Beschaffungskriminalität zu verzeichnen sein.

Obwohl derzeit etwa die Hälfe der Insassen von Gefängnissen in Deutschland wegen Drogendelikten oder Beschaffungskriminalität einsitzt, wird man mit der juristischen Verfolgung von illegalen Drogen kaum die Probleme des Drogenkonsums dauerhaft lösen können.

DIE LINKE fordert einen grundlegenden Strategiewechsel in der Drogenpolitik und ein Ende der polizeilichen Verfolgung vom Betäubungsmittelkonsum. Wenn die bisher zur Verfolgung von Drogen verwendeten Gelder umgeleitet werden und zur Prävention bzw. Hilfe für drogensüchtigen Menschen verwendet würden, könnte nachhaltig eine Verbesserung für die kranken Betroffenen und für die Gesellschaft erreicht werden.

Aktuell gibt es einen Anstieg der Drogentoten in der Bundesrepublik. Eine mögliche Ursache für die Todesfälle sind ungeeignete Beimengungen und falsche Dosierungen bei illegalen Drogen. Wenn Drogen kontrolliert – beispielsweise über Apotheken – abgegeben würden, könnte das verhindert werden.

Der Konsum von Alkohol wird ja auch nicht verboten, obwohl an jedem Wochenende eine große Zahl von Teenagern von grade mal 13, 14 oder 15 Jahren mit schwerer Alkoholvergiftung in den Rettungsstellen der Krankenhäuser eingeliefert werden. Auch hier ist eine sinnvolle Prävention und Aufklärung in Schule und Gesellschaft hilfreicher, als eine Verschärfung der gesetzliche Sanktionen gegen Eltern der Betroffenen.

Die Bundesrepublik braucht einen anderen Umgang mit Rauschmitteln und ein Ende der Verfolgung von derzeit illegalen Drogen. Dabei sollte die gesellschaftliche Prävention im Vordergrund stehen und die umfassende Hilfe für Betroffene, und nicht wie bisher die Verfolgung kranker Konsumenten. Dann würde weder in der Hasenheide noch im Görlitzer Park oder an anderer Stelle der illegale Verkauf von Betäubungsmittel ein größeres Problem sein.

Thomas Licher, Krankenpfleger und Gesundheitswissenschaftler, Gesundheitspolitischer Sprecher der Neuköllner BVV-Fraktion DIE LINKE

Stolpersteine

Der 8. Mai 1945 ist der Tag der Befreiung vom Faschismus. 70 Jahre danach erinnerten Neuköllnerinnen und Neuköllner an Nachbarn, die diesen Tag nicht mehr erleben konnten. Sie wurden Opfer politischer Verfolgung oder/und des Rassenwahns der Nazis.

Zum Beispiel: an Olga Benario. Innstraße 24 (links)
oder an Emil Linke und Familie. Böhmische Straße 28a.

Fotos: KDH

Klattke kann keen deutsch

Seit et Berlin jibt, also seit 1237, hat die Stadt ville Einwanderungswellen alebt. Flamen, Hujenotten, Russen, Böhmen, Polen oda Juden kamen her und bereicherten mit ihra Kultur dit Stadtleben. Dit kann man jut am Berliner Dialekt ablesen. Hier habn sich die Menschen vaewicht und brachten ihre Sprache mit ein. Vor allem Französisch findet sich im Berlinerisch wieda und ooch Klaus Klattke benutzt jeden Tach so allahand Wörta, die von unseren westlichen Nachbarn stammen. Als Ur-Berliner hat er bestimmt nen bisken Flüchtlingsblut in seinen Adern und lässt sich von niemanden vorschreiben, wie er zu reden hat. Weda zu Hause noch uff der Straße und schon janich von irjendwelchen Poltajeistern aus nem südlichen Bundesland...Hier mal ne kleene Jeschichte uff „BERLINERISCH-FRANZÖSISCH“.

Machen se mal nen kleenen Test, ob se uff Anhieb herausfinden, wieville Worte nich deutscha Herkunft sich im Text befinden: Klattke betrat seine Stamm-Budike. Neben der üblichen Molle orderte er ausnahmsweise statt nen Korn eenen Cognac. Der Budika war heute völlich etepete und so dauerten die Jetränke. Klattke vasuchte mit seinem Sitznachbarn een Jespräch anzufangen, der entpuppte sich aba als ziemlicha Boullionkopp. Schließlich bekam er denn doch noch die Jetränke saviert und Klattke bestellte jleich nach. Da er vom Warten Kohldampf bekommen hatte, orderte er zusätzlich ne Boulette mit Mostrich.Nach drei weiteren Runden hatte er jenuch. Er suchte noch dit Pissoir uff, kramte denn sein Portemonnaie hervor und bezahlte. Mit Cislaweng valieß Klattke die Jaststätte und stieß sich an ner alten Scheese seinen Deez. Er stürzte und fiel uffs Trottoir. Aus eenem Fenster brüllte jemand: „Sie Canaille, könnse nich uffpassen, dit iss meens!“ „Nun machen se ma keene Fisimatenten wejen son Kinkerlitzchen, iss ja nüscht passiert!“ kodderte Klattke zurück. Er schwankte nach Hause. Dort anjekommen ahitze er in seina Kasserole Wassa und brühte sich damit nen Muckefuck uff. Danach legte er sich schlafen und träumte von Paris...Wieville Wörta französischen Ursprungs befinden sich im Text? Die Lösung jibt et hier:

18 Wörter: in Reihenfolge der Verwendung - Budike, Cognac, Budika, etepete, Boullionkopp, saviert, Boulette, Pissoir, Portemonnaie, Cislaweng, Scheese, Deez, Trottoir, Canaille, Fisimatenten, Kinkerlitzchen, Kasserole und Muckefuck!

Quelle: www.berlinerdialekt.de/HTML/Klattke.html

Neu·Köllnisch

Juni/Juli 2015

Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE. Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 3.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE.Neukölln Wipperstraße 6, 12055 Berlin, Tel./Fax: 030-613 59 19

Bankverbindung:
DIE LINKE.Neukölln,
Berliner Bank
IBAN: DE16100708480525607801

Redaktionsschluss: 17.6.2015
Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum 10.8.2015

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

3/2015

Foto: Doris Hammer

Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda!

Montags sammeln sie sich für ihren „Aufmarsch". Bärgida ist eine Kopie der Dresdner Pegida-Marschierer. Sie wollen Stimmung machen, gegen Geflüchtete und MuslimInnen sowie Migration. Bärgida, das sind AnhängerInnen rassistisch-nationalistischer Ideen, die zusammen mit „Pro Deutschland", Identitäre, German Defence League, AfD, „Reichsbürgern" bis hin zur NPD, Nazikameradschaften und rechten Hooligans von HoGeSa agieren. Als sie durch Moabit laufen wollten, sagten Moabiterinnen und Moabiter Nein! Sie kamen nicht weit. Dort nicht, nirgendwo.

Neuköllner Asylheim wird zum Anlageobjekt

Das lukrative Geschäft mit den Asylheimen zieht neuerdings auch internationale Finanzinvestoren an. Das Grundstück in der Haarlemer Straße mit seiner Asyl-Notunterkunft gehört jetzt einem Fonds aus Luxemburg.

Nach Angaben des Berliner Senats hat der Luxemburger Fonds „Caldas Sàrl" jüngst das Grundstück der Flüchtlingsunterkunft in der Haarlemer Straße in Neukölln gekauft, berichtet die Zeitung „neues deutschland". Der Betreibervertrag für die Notunterkunft mit der kritisierten privaten „Professionelle Wohn- und Betreuungsgesellschaft«"(PeWoBe) für die Haarlemer Straße läuft noch in diesem Jahr aus.

Im äußerst lukrativen Geschäft mit der Flüchtlingsunterbringung in Berlin (2015 vom Senat geschätztes Volumen 219 Millionen Euro) sind private Unternehmer aktiv.

Asbest in der Weißen Siedlung

In zerbröselnden Floor-Flex-Platten lauert Krebsgefahr

Asbest in Wohnungen gefährdet die Gesundheit, kann Krebs erregen. Darüber sind sich alle Fachleute einig. Mit Asbest belastete Wohnungen müssen saniert werden.

Jedoch, viele Mieter wissen nichts von der Asbestbelastung ihrer Wohnung. So ging es auch Frau S., die im März 2014 mit ihrer 5-jährigen Tochter in die Weiße Siedlung an der Sonnenallee zog. Sie wurde nicht über das Gefahrenpotenzial informiert. Inzwischen weiß sie Bescheid, ein Gutachten bestätigt die Asbestbelastung ihrer Wohnung. Von der Bauaufsicht bekam sie eine Unbewohnbarkeitsbescheinigung. Seither sucht sie dringend eine neue Wohnung. Für eine alleinerziehende Frau, die auf Hartz IV angewiesen ist, bisher ergebnislos.

Im sozialen Wohnungsbau der 1960er und 1970er Jahre waren Floor-Flex-Platten der Baustoff der Wahl. Praktisch und leicht verlegbar, vor allem aber unschlagbar billig. So auch in der Weißen Siedlung an der Sonnenallee. Jetzt, nach jahrzehntelanger Nutzung sind die Platten bröckelig. Dort, wo sie zerbröseln, können Asbestfasern austreten. Ein Schadstoff, dessen Gefährlichkeit schon Mitte des vorigen Jahrhunderts bekannt war, und seit mehr als 20 Jahren in Deutschland auf dem Index steht. Abriss, Rückbau, Entfernung sind angesagt. Das ist teuer. Asbestsanierung kostet durchschnittlich 8.000 Euro pro Wohnung.

Noch etwa 48.000 Wohnungen im Westen Berlins sind mit den Platten belastet, allein in den landeseigenen Beständen. Und dort ist man inzwischen dabei, sich der Herausforderung zu stellen. Bis 2006 gehörte die Weiße Siedlung der landeseigenen BeWoGe. Seither gehört die Siedlung einer Investorengesellschaft, die sich auf die Übernahme großer Wohneinheiten in deutschen Großstädten spezialisiert hat: der Brandenburg Properties 5 S.a.r.l. Sie ist auf der britischen Kanalinsel Guernsey registriert und an der London Stock Exchange (LSE) notiert. Die Mieter haben es mit der DIM zu tun, der Deutschen Immobilien Management GmbH, die ab Januar 2014 unter diesem Namen die Bestände der Weißen Siedlung verwaltet.

Was Frau S. vor allem empört, sie wird als „Einzelfall" behandelt. Denn in der Weißen Siedlung wurden mehr als 1.600 Wohnungen nach ähnlichen Standards gebaut. Sie will jetzt die anderen Mieter informieren. Bekannt ist der Sanierungsbedarf auch im Bezirksamt Neukölln und beim JobCenter, das in vielen Fällen die Wohnkosten übernimmt: Energetische Sanierung, Instandsetzungsmängel und das Asbestproblem. Aber es passiert nichts, außer regelmäßiger Mieterhöhungen. *KDH*

Mach mit! Informieren, diskutieren, mit den LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit der Partei DIE LINKE. für soziale Gerechtigkeit, für den demokratischen Sozialismus.

Kontakt: DIE LINKE.Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin

oder direkt bei Lucia Schnell, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0176 24158769, lucia.schnell@die-linke-neukoelln.de

oder Moritz Wittler, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0172 1604907, moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

- ❑ **Ich möchte Informationsmaterial bekommen.**
- ❑ **Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.**
- ❑ **Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden.**

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... **Telefon:**.....